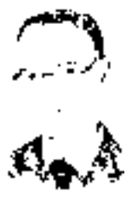
Investmentbank Goldman Sachs wird zur Sparkasse für jedermann

Kleinvieh macht auch Mist

Geht es um die Kontoverzinsung, werden Deutsche und Amerikaner derzeit im Promillebereich abgespeist. Außer man wechselt zu Goldman Sachs – da gibt es 1,05 Prozent. Das sind 0,05 Prozentpunkte mehr als bei der Barclays Bank Delaware. Nach dem Kauf des Onlinebankgeschäfts von General Electric (GE) ist die Investmentbank auch Sparkasse. Bisher waren zehn Millionen Dollar an liquidem, investierbarem Vermögen nötig, um bei Goldman Privatkunde zu werden. Institutionelle Anleger mußten eine Milliarde mitbringen. Kleinere Millionenvermögen ließ Goldman bisher von seiner Filiale Ayco in Albany, 250 Kilometer weit weg von der Wall Street, verwalten. Nun gilt: Kleinvieh macht auch Mist.



VON
THOMAS KIRCHNER

»Bisher waren zehn Millionen Dollar Vermögen nötig, um Privatkunde zu werden.«

GE muß sich von seiner profitabelsten Sparte, GE Capital, trennen, weil die Finanzaufsicht inzwischen so hohe Anforderungen stellt, daß nur noch Spezialisten sie erfüllen können. Goldman Sachs schlug zu, als GE seine Onlinebank mit 17 Milliarden an Einlagen – davon die Hälfte als Sichteinlagen – verkaufen mußte. GE wiederum hatte nur zwei Jahre zuvor das Bankgeschäft der Versicherung MetLife übernommen, der ebenfalls die neuen Bankenregeln zu teuer wurden.

Die GS Bank USA, unter der die Geschäftsbank agiert, ist von dem Wertpapierhaus Goldman, Sachs & Co. getrennt, obwohl beide unter der Holding Goldman Sachs Group agieren. Somit sind Investmentbanking und das Einlagengeschäft voneinander getrennt, wie es die Aufsichtsbehörden verlangen. Die GS Bank hielt bereits vor der jetzigen Expansion 92 Milliarden Dollar an Einlagen, die zur Hälfte aus der Privatbank und dem institutionellen beziehungsweise Firmengeschäft stammten.

Die unter der Marke Goldman angebotenen Sparkonten können bisher nur US-Sparer eröffnen. Die GS-Konten ohne Mindestanlage unterliegen der Einlagensicherung FDIC. Kreditkarten dürften bald kommen: Goldman hat den Amerikachef des Kreditkartenanbieters Discover Financial abgeworben, um diesen Bereich aufzubauen. Wie im institutionellen Bereich wird Goldman auf den aktuellen Fintech-Boom aufspringen und eine Führungsrolle mit neuen Technologien anstreben.

Interne Unterlagen des Projekts *Apple*, wie Goldman den Kauf taufte, wurden von der Notenbank Fed durch das Informationsfreiheitsgesetz veröffentlicht. Danach ging es Goldman um die Diversifizierung und Stabilisierung seiner Finanzierung durch ein Einlagengeschäft. Auch Liquidität und Kapitalausstattung werden sich verbessern. Goldman rückt nun im Einlagengeschäft von der 20. auf die 18. Stelle vor, mit einem Marktanteil von unter einem Prozent. Goldman bleibt also weiterhin in erster Linie eine Investmentbank – allerdings dank „Peanuts“ mit einer breiteren Finanzierungsbasis.

Goldman Sachs Bank USA:
▶ www.gsbank.com/en.html

Greenpeace Niederlande veröffentlicht geheime TTIP-Dokumente

Akute Erklärungsnot

Von **Jörg Fischer**

Ob vor zwei Wochen nun 35.000 oder 90.000 Linke, Rechte, Ökos und Verschwörungstheoretiker unter Parolen wie „Gib TTIP keine Chance“ oder „Democracy killed by money“ demonstriert haben, dürfte Angela Merkel egal gewesen sein – zusammen mit Barack Obama warb sie auf der Hannover-Messe für das umstrittene Abkommen TTIP. Aber: „Wir sollten uns sputen“, mahnten die Kanzlerin und die Regierungspresse.

Den Grund erfuhr das gemeine Volk erst jetzt: Greenpeace Niederlande veröffentlicht 250 Seiten geheime TTIP-Dokumente, die bestätigen, daß es weniger um transatlantischen Freihandel, denn die Erpressungsquele Schiedsgerichte (ISDS) und eine Revision des Verbraucherschutzes geht. Daß die US-Seite mit Milliardengewinnen für ihre Agrarindustrie zu Lasten der EU-Bauern rechnet, ist bekannt (JF 15/16), doch mit welcher Chuzpe die amerikanischen Unterhändler bei den Verhandlungen vorgehen, hat nun die TTIP-Einpeitscher in akute Erklärungsnot gebracht.

Die TTIP-Gegner haben nun schwarz auf weiß, daß die US-Seite Produktverbote zum Schutz der menschlichen Gesundheit nur zuläßt, wenn diese „wissenschaftlich“ belegt sind. Das ist aus Washingtoner Sicht nur konsequent – nach dem Motto: Es ist alles erlaubt, nur wenn es schief geht, dann sind irrsinnige Schadenersatzzahlungen fällig. VW kennt das.

In Europa gilt dagegen das Vorsorgeprinzip: Hormonfleisch? Genfood? Chemikalien? Ohne Genehmigung läuft nichts. Daß Bundestag und EU-Parlament TTIP dennoch durchwinken, scheint sicher. Auch die TTIP-Lobby der Großindustrie hat sicher keine Bedenken, Arbeitnehmerrechte und den subventionierten Bauernstand zu opfern, wenn dafür die „Buy American“-Klauseln fallen. Doch diese verteidigen nicht nur Donald Trump oder Bernie Sanders, sondern auch zahlreiche Bundesstaaten, US-Städte und unzählige Counties.

TTIP-Daten von Greenpeace Niederlande:
▶ www.ttip-leaks.org

FOTO: IMAGO

Bargeldautomat mit Euroscheinen: Existierte künftig nur noch elektronisches Geld, gäbe es bei einer Bankenkrise keinen „Schaltersturm“ mehr

Der Euro wird zur Fessel für die Bürger

EZB-Politik: Drohen nur Zahlungsbeschränkungen oder sogar die komplette Abschaffung von Bargeld?

DIRK MEYER

Im Zuge der Fortentwicklung elektronischer Bezahlmedien und wachsender Interneteinkäufe gewinnt elektronisches Geld (E-Geld) an Bedeutung. Deshalb erscheint manchem Bürger die Diskussion um eine gesetzliche Einschränkung von Bargeldzahlungen oder gar dessen vollständige Abschaffung als vergangenheitsorientiertes Rückzugsgefecht. Doch dem ist keinesfalls so.

Im Gegensatz zum Kreditgeld (Mastercard, Visa) beinhaltet E-Geld keine Kreditfunktion. Voraussetzung ist die Vorauszahlung eines Betrages bei einer Bank oder einem Unternehmen, die oder das eine Gutschrift auf einem Chip (Kartengeld) oder PC (Netzgeld) vornimmt. Neben Geldinstituten bieten auch Händler die Möglichkeit, auf Kundenkarten, die weitere Vorteile wie Rabatte bieten, eine Bezahlfunktion nach Einrichtung eines Guthabens zu nutzen. Damit entspricht es in seiner Funktion der digitalen Form des Bargeldes.

Allerdings fehlt eine wichtige Eigenschaft: die des unbeschränkten gesetzlichen Zahlungsmittels. So heißt es in Artikel 14 Absatz 1 Bundesbankgesetz: „Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.“ Von daher hat E-Geld eine mindere Qualität, denn für den Gläubiger kann die Begleichung einer Schuld in Bargeld gerade in Krisenzeiten existentiell werden. Als materialisiertes Zahlungsmittel ist Bares jederzeit einsetzbar, Kapitalverkehrskontrollen weniger ausgesetzt und allgemein akzeptiert.

Eine gesetzliche Einschränkung der Bargeldzahlung könnte wegen der Zusicherung des gesetzlichen Zahlungsmittels an Grenzen stoßen. Allerdings hat der europäische Verordnungsgeber diese Möglichkeit bereits berücksichtigt. In der Euro-VO II (974/98) heißt es: „Von den Mitgliedstaaten aus Gründen der öffentlichen Ordnung eingeführte Begrenzungen für Zahlungen in Banknoten und Münzen sind mit der den Euro-Banknoten und Euro-Münzen zukommenden Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels nicht unvereinbar, sofern andere rechtliche Mittel für die Begleichung von Geldschulden bestehen.“ Die Höhe von Bargeldzahlungen ließe sich daher von der Bundesregierung mit der Begründung begrenzen, eine Beschränkung auf 5.000 Euro würde kriminelle Geschäfte und Geldwäsche verhindern, weil so eine bessere Überwachung des Zahlungsverkehres bestünde.

Bürgerliche Freiheitsrechte, konkret auch die Einschränkung der Privatautonomie, könnten dem staatlichen Eingriff entgegengehalten werden. Gemäß den Grundsätzen der Geeignetheit, der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit wäre hier eine Abwägung zu treffen. Eine vollständige Abschaffung von Bargeld würde nicht nur den Zahlungsverkehr, sondern auch die Wertaufbewahrungsfunktion des Euro treffen.

Verliert der Euro seine Wertsicherungsfunktion?

So könnte die EZB Strafzinsen für Zentralbankguthaben noch effektiver durchsetzen und Geschäftsbanken diesen über negative Zinsen für Einlagen weitergeben, da ein Ausweichen auf Bargeldhortung nicht mehr möglich wäre. Um die Verausgabung von E-Geld aus konjunkturellen Gründen anzuregen, könnte die EZB darüber hinaus eine periodische Entwertung der Geldguthaben um x Prozent vornehmen – am Monatsende wären statt 100 nur noch 99 Euro auf der Geldkarte. Im Ergebnis würde eine staatliche Reglementierung des Bargeld-Zahlungsverkehrs einer Wertsicherung zuwiderlaufen.

Schließlich würde im Falle einer Bankenkrise das Phänomen eines *Bank Run* eine andere Erscheinung annehmen. Entziehen Kunden einer einzelnen Bank das Vertrauen und gerät diese in Zahlungsschwierigkeiten, so kommt es üblicherweise zum „Schaltersturm“, und die Kunden versuchen, ihre Spareinlagen in Form von Bargeld abzuziehen. Die Zentralbank muß entscheiden: Handelt es sich um einen vorübergehenden Liquiditätsengpaß, so kann sie dem Geldinstitut einen Refinanzierungskredit geben und weiteres Bargeld transferieren.

Sollte die Geschäftsbank hingegen überschuldet sein, so würde eine Schließung des Institutes anstehen. Im ersten Fall würden alle Kunden bedient, im zweiten gingen späte Kunden leer aus. Existiert nur E-Geld, entfällt zunächst der optische Eindruck eines *Bank Run* durch lange Kundenschlangen. Vielmehr würden die Kunden versuchen, ihr Karten- oder Netzgeld des betroffenen Institutes durch Einzahlung bei einer anderen Bank zu sichern: Statt eines *Bank Run* gäbe es einen *Bank Walk*, also eine Übertragung des Guthabens auf eine vermeintlich sichere Bank.

Alternativ könnten Kunden ihre E-Guthaben durch Käufe oder anderweitige Geldtransfers auf Dritte übertragen. Voraussetzung für die Akzeptanz dieses E-Geldes durch den Zahlungsempfänger wäre allerdings ein Konto bei einer anderen, sicheren Bank. Da sich die Informationen über Zahlungsprobleme überaus schnell verbreiten, würde ein *Bank Walk* ein Geldinstitut überaus schnell in den Ruin treiben. Die Geldkarten wären in Kürze gesperrt. Entsprechend schnell muß auch die Zentralbank entscheiden, ob sie das Bankhaus weiterhin unterstützen will oder aber die Bankenaufsicht eine Schließung vornehmen muß.

Damit steigt zugleich das Risiko einer Krisenübertragung auf andere Geldhäuser. Da hier der gleiche Prozeß ablaufen würde, nähme die Krise sehr schnell nationale und grenzüberschreitende Züge an. Allerdings kann die Notenbank ebenso schnell und überaus wirksam eine Unterbrechung des Zahlungsverkehrs und Kapitalverkehrsbeschränkungen erlassen. Umgehungsmöglichkeiten einer (illegalen) Kapitalflucht mit Geldkoffern wäre der Weg versperrt. Die Geld-/Einlagenhalter einer Euro-Monopolwährung wären in einem Käfig mit noch engeren Gitterstäben gefangen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg.

Bargeldbeschränkung in der Eurozone

Auf Euro lautende Banknoten sind nach Bundesbankgesetz „das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel“ in Deutschland. Die Verordnung 974/98 des EU-Rates vom 3. Mai 1998 über die Einführung des Euro erlaubt jedoch massive Bargeldeinschränkungen „aus Gründen der öffentlichen Ordnung“. In Italien war es seit Dezember 2011 nicht mehr erlaubt, Beträge von mehr als 999,99 Euro mit Bargeld zu bezahlen. Da dies Luxustouristen abschreckte, wurde die Bargeldgrenze inzwischen wieder auf 2999,99 Euro angehoben. In Portugal liegt die Obergrenze bei 1.000 Euro, in Griechenland bei 1.500 Euro. In Spanien dürfen Einheimische nur Beträge bis zu 2.500 in bar begleichen. Für Ausländer liegt die Grenze bei 15.000 Euro, in Frankreich sind es seit 2015 nur noch 10.000 Euro. Belgien hat eine Bargeldobergrenze von 3.000 Euro. Im Immobilienbereich darf überhaupt nicht mit Bargeld gezahlt werden. In der Slowakei ist bei 5.000 Euro Schluß. Im Baltikum, in Finnland, in Irland, in den Niederlanden sowie in Österreich und Slowenien gibt es bislang keine gesetzlichen Bargeldbeschränkungen.

Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 -40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!
Kundennummer (falls zur Hand)
Name/Firma
Straße/Nr./Postfach
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Datum/Unterschrift

Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,–. Bei Bestellungen unter EUR 50,– beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zudem zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,– an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,–. Für außereuropäische Staaten EUR 18,–. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand
Gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Erich Major
Klimawandel – Wahn und Wirklichkeit
Wie eine ungeheuer effiziente Sache zur Bedrohung der Menschen und der Umwelt wird
Erich Major (Gast) ist mit dem Klimawandel auf und für Klimaschutz und Klimaschutz zu kämpfen. Ohne Polemik geht er dem Thema mit den Mitteln der Wissenschaft auf die unumstrittenen Fakten und Zahlen. Ein Aufklärungsbuch gegen Desinformation und Panikmache.
212 S., Pb. (27 x 18 cm)
Best.-Nr.: 93020 EUR 22,80

Franz-Xaver Kaufmann, Walter Krämer (Hrsg.)
Die demografische Zeitbombe
Fakten und Folgen der Entwicklung
Das Alter, Kinder- und Weniger werden der Bevölkerung sind für Wirtschafts- und Sozialsysteme dramatische Herausforderungen zu, die es bis jetzt noch nicht gab. Führende Wissenschaftler stellen wichtige Entwicklungen und mögliche Reaktionen auf die Schicksalsfragen dar.
285 S., geb.
Best.-Nr.: 93085 EUR 19,90

Ulrich Horstmann, Gerald Mann
Bargeldverbot
Alles, was Sie über die bevorstehende Bargeldabschaffung wissen müssen
In Italien und Kroatien sind Banknoten bereits ab 1000 Euro illegal, und diese Grenze wird in Kürze auf 500 Euro und in Wochenschnelle noch weiter sinken. Ab 2018 soll Bargeld in der EU ganz abgeschafft werden. Welche Folgen hat das für Sie, und wie können Sie sich schützen?
128 S., Pb.
Best.-Nr.: 92781 EUR 6,99

Hans-Hermann Gockel (Hrsg.)
Finale Deutschland
Angst, Mut, Innere Sicherheit. Mit Marx gegen die Gesellschaft
Hans-Hermann Gockel, der TV-Journalist und Moderator (SAT.1 und N24), schreibt Klartext. Die politische Elite verliert sich in Gedankenlosigkeit, Bequemlichkeit und Scheinheiligkeit und verliert dabei die Kontrolle über wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens. Mit dramatischen Folgen für Deutschland.
304 S., geb.
Best.-Nr.: 92968 EUR 19,90

Heiko Borchler
Blackrock
Eine beispiellose Machtverschiebung greift nach unserem Geld
Mächtig wie kein anderes Unternehmen. Erfahrener Chef von Blackrock, Larry Fink, spinnt unrühmliche Fäden in der globalen Wirtschaft, aber auch hier, direkt vor unserer Haustür. Es ist höchste Zeit, Blackrock das Handwerk zu legen. Dieses Buch ist unverzichtbar für alle, die sich mit der Finanzwelt auseinandersetzen und die etwas ändern, vor der Hintergrund der Fakten zeigt.
288 S., geb.
Best.-Nr.: 92906 EUR 24,99

Peter Hahne
Finger weg von unserem Bargeld!
Wie wir immer weiter entmündigt werden
Chirochips ungeeignet und Tauschgeld Mißtrauen gar Kriminelle? Jeder Euro ungeprüft? Das Bargeld soll abgeschafft werden, damit Staat und Banken jederzeit Kontrolle über unser Geld zugreifen. Auch sonst nimmt die Überwachung zu. Peter Hahne schreibt Klartext.
128 S., geb.
Best.-Nr.: 93074 EUR 10,00

Max Otte
Rettet unser Bargeld!
Droht die Abschaffung des Bargelds? Frei verfügbares Geld ist ein Fundament freier Gesellschaften. Schon eine Begrenzung von Bargeldzahlungen ermöglicht den Kontrollstaat. Eine Streitschrift von Prof. Dr. Max Otte, dem Prognostiker der Finanzkrise von 2008 („Der Crash kommt“)!
48 S., Pb.
Best.-Nr.: 93088 EUR 7,00